

Landsmannschaft Ostpreußen

LANDESGRUPPE NORDRHEIN - WESTFALEN E. V.

59929 Brilon, Buchenring 21, Telefon: 02964-1037, Fax: 02964-945459

E-Post: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de

www.Ostpreussen-NRW.de



Rundschreiben 3/2016

Königsberg Pr.



Die Provinzial- und Regierungshauptstadt verdankt ihre Entstehung dem Deutschen Orden, ihren Namen trägt sie zu Ehren des Königs Ottokar von Böhmen, der ihre Gründung neben der Burg auf dem Berge Tuwangste 1255 ermöglichte. Noch im 13. Jahrhundert entstanden im Umkreis der Ordensburg drei Städte: *Altstadt*, *Löbenicht* und *Kneiphof*, die 1286, 1300 und 1327 ihre Handfesten erhielten. Als sie 1724 miteinander vereinigt wurden, nahm die Stadt ein dreigeteiltes Wappen an. Der zweimal gespaltene Schild zeigt im geteilten Mittelfeld oben in Silber eine rote Krone, unten in Rot ein silbernes Kreuz (*Altstadt*),

rechts in Grün einen aus Wellen wachsenden, eine goldene Krone haltenden, blaubekleideten Arm, jederseits begleitet von einem Hifthorn (*Kneiphof*), links in Blau eine goldene Krone zwischen zwei übereinanderstehenden silbernen Sternen (*Löbenicht*). Auf dem Schild steht ein wachsender, schwarz-weißer Adler mit roter Zunge; er trägt eine »königliche« geschlossene goldene Krone und auf der Brust die verschlungenen Buchstaben FRW. – Königsberg war jahrhundertlang Residenz- und Krönungsstadt, dazu die bedeutendste Handels-, Industrie- und Hafenstadt. Durch die von Herzog Albrecht 1544 gegründete Universität war Königsberg ein weit in den Ostseeraum ausstrahlendes Kulturzentrum. Die Stadt hatte 1939 385 000 Einwohner.

Liebe Landsleute und Freunde unserer landsmannschaftlichen Gruppe in NRW,

mit finanzieller Unterstützung der Bezirksregierung in Düsseldorf konnten wir wiederum, zusammen mit den Schlesiern, unser 20. Treffen auf Schloss Burg veranstalten. Die Veranstaltung bezweckt in der Öffentlichkeit von NRW Erinnerungen an unsere Vertreibung wach zu halten. Besonders bedanken wir uns für die nachhaltige Berichterstattung in der „Preußisch Allgemeinen Zeitung“ in Wort und Bild. Nachträglich kann man sich noch mittels Ostpreußen-TV über den Ablauf der Zusammenkunft informieren. Der Landesgruppenvorstand bedankt sich bei allen, die zum gemeinsamen Erfolg beigetragen haben.

Ab August können Anträge bezüglich der Zwangsarbeiterentschädigung gestellt werden. Bei Rückfragen steht Ihnen unser Vorstandsmitglied Wilhelm Kreuzer als Ansprechpartner zur Verfügung (siehe bitte auch unser Rundschreiben 2/2016).

Bis zur nächsten Zusammenkunft am 29. Oktober 2016 in Oberhausen, grüßt Sie herzlich

Ihr Jürgen Zauner



Ter mine:

29. 10. 2016 Kultur- und Frauentagung in Oberhausen

18. 03. 2017 Frühjahrstagung in Oberhausen

02. 07. 2017 Schloß Burg

21. 10. 2017 Herbsttagung in Oberhausen

Vertriebenenstiftung: Ein würdeloses Spiel.

Erst konnte es Kulturstaaatsministerin Monika Grütters nicht schnell genug verkünden, dass es einen neuen Direktor für die „Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ gebe. Dann ließ sie ihn jedoch im Stich.

Am 29. Juni konnte es Kulturstaaatsministerin Monika Grütters (CDU) nicht schnell genug gehen. Ihren Kandidaten für die Stelle des Direktors der „Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ (SFVV) hatte sie im Stiftungsrat mit respektabler Mehrheit durchgesetzt – gegen einen Mitbewerber aus dem „Wissenschaftlichen Beraterkreis“ der SFVV. Nun haben diese Berater laut Satzung zwar kein Vorschlagsrecht, wollten es jedoch wahrnehmen.

Entsprechend war die Reaktion: Mehrere traten zurück, darunter der Gegenkandidat, ein Mitarbeiter der „Forschungsabteilung Berlin“ des Instituts für Zeitgeschichte, der nicht über Leitungs- und Verwaltungserfahrung verfügte. Nicht zuletzt daran war schon SFVV-Gründungsdirektor Manfred Kittel gescheitert, der sich Ende 2014 von seinen Aufgaben hatte entbinden lassen. -

Vollständiger Artikel mit Zusatzinformationen unter <http://www.odfinfo.de/aktuelles/>

**Danzig Westerplatte: Museen vor Neuausrichtung.
Polens Regierung schreibt Geschichte.**

Der Grundstein für das Museum des Zweiten Weltkriegs in Danzig wurde bereits gelegt - doch Polens rechtskonservative Regierungspartei PiS sieht Änderungsbedarf: Die Ausstellung müsse mehr "die polnische Wahrheit" verteidigen. Steht das Land vor einer neuen Geschichtspolitik?

Das Museum des Zweiten Weltkriegs in Danzig ist ein Projekt der polnischen Vorgängerregierung, genauer: des ehemaligen Ministerpräsidenten Donald Tusk und heutigen EU-Ratspräsidenten. Bei der Grundsteinlegung vor fast vier Jahren sagte er:

"Bis heute ist in allen polnischen Familien das Gedenken an die präsent, die im Zweiten Weltkrieg den höchsten Preis bezahlt haben, ihr Leben. Deshalb ist es für uns so wichtig, dass die polnische Erzählung, die polnische Stimme zu diesem Krieg, hörbar wird. Die polnische Stimme soll die Aufmerksamkeit der Welt bekommen."

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich Wien, am 12. Juni 2016

Die „Universum“-Dokumentation ist nach der TV-Ausstrahlung sieben Tage als Video-on-Demand abrufbar und wird auch als Live-Stream auf der ORF-TVthek (<http://TVthek.ORF.at>) angeboten.

Völkermorde - von Manfred Maurer

JETZT TAT ALSO auch der deutsche Bundestag, was der österreichische Nationalrat schon vor einem Jahr nach ebenfalls langer und hitziger Debatte getan hat: Den vor 101 Jahren an den Armeniern verübten Völkermord als solchen benannt und auch verurteilt. Die Türkei reagierte wie erwartet erbost, wird aber nach dem Abspulen üblicher Protestrituale zur Tagesordnung übergehen wie das nun um eine papierene Resolution reichere Deutschland.

ABGESEHEN DAVON, daß es immer gut ist, sich die von Zeit zu Zeit die Grauslichkeiten, zu der Despoten rund um den Globus imstande (gewesen) sind, gelegentlich mahnend in Erinnerung zu rufen, stellt sich doch auch die Frage nach dem Warum? Was bewegt ein Parlament dazu, sich ausführlich mit einem Völkermord zu beschäftigen, der über 100 Jahre zurückliegt? Noch dazu eines, das ansonsten solch heikle Themen gerne umschifft beziehungsweise in ähnlich gelagerten Fällen die klare Sprache vermissen läßt.

DEN ARMENIERN eine Freude zu machen und chauvinistische Türken, insbesondere deren Präsidenten Erdogan ein bißchen zu ärgern mag gewiß bei dem einen oder anderen Abgeordneten eine Rolle gespielt haben. Das Verhältnis zur Türkei ist ja nicht gerade von übertriebener Freundlichkeit geprägt, so daß die Beißhemmung reduziert sein dürfte. Erdogan einmal so richtig zu ärgern, das hat schon was, auch wenn es außer der Aufregung des Moments nichts bewirkt.

DIE SEHNSUCHT, historische Wahrheiten beim Namen zu nennen, könnte auch ein Motiv gewesen sein. Doch es fällt schwer, dies zu glauben. Denn ginge es um eine ehrliche und objektive Auseinandersetzung mit der Geschichte, dann müßte konsequenterweise auch die Vertreibung, Enteignung und teilweise Ermordung von Millionen Menschen nach dem Zweiten Weltkrieg zum Völkermord erklärt werden. Die völkerrechtlichen Gutachten liegen vor. Darunter jenes des verstorbenen UNO-Menschenrechtsbeobachters Felix Ermarcora, den die bayerische Staatsregierung 1991 mit der Erstellung einer entsprechenden Expertise beauftragt hatte. Sein Fazit damals: „Die Vertreibung der Sudetendeutschen aus der angestammten Heimat von 1945 bis 1947 und die fremdbestimmte Aussiedlung nach dem Zweiten Weltkrieg widersprach nicht nur der in der Atlantik-Charta und dann in der Charta der UN verheißenen Selbstbestimmung, sondern die Vertreibung der Sudetendeutschen ist Völkermord und Verbrechen gegen die Menschlichkeit, die nicht verjährbar sind.“ In welcher Schublade der bayerischen Staatskanzlei dieses Gutachten wohl vor sich hinschlummert? Wie wäre es, wenn es Horst Seehofer beim nächsten Prag-Besuch mitbrächte - zur gemeinsamen Lektüre mit Premier Sobotka.

NEIN, NATÜRLICH wird der bayerische Ministerpräsident das nicht tun. Denn Beneš Opfer gelten ja als zumindest ein bißet selber schuld, weil sie Deutsche bzw. Altösterreicher waren. Denen wird ja stets erklärt, daß ihr zugegeben schweres Schicksal nicht ohne die vorangegangenen Nazi-Verbrechen gesehen werden könne.

VIELLEICHT erklärt sich daraus das eigentliche Motiv für die Resolutionen in Berlin und Wien: Sie boten Gelegenheit, an eine - aus den damaligen Bündnissen mit dem Osmanischen Reich abgeleitete - Mitschuld Deutschlands beziehungsweise Österreichs am Völkermord an den Armeniern zu erinnern. Historische Wahrheit kommt nämlich im Fall Österreichs und Deutschlands dann besonders gut an, wenn sie sich mit Asche aufs Haupt garnieren läßt.

Sudetenpost 

Dieser Kommentar von Manfred Maurer erschien in der Sudetenpost Folge 7 vom 7. Juli 2016. Sie können die Sudetenpost – die monatlich erscheint – im Inland um € 33,--, in Deutschland und im EU-Raum um € 39,-- und in Übersee um € 65,-- beziehen.

Abo bei office@sudeten.at bestellen.

Mit dem Mut der Verzweiflung – Aufstand im Gulag

Ende Juli 1953 wagten Tausende Zwangsarbeiter im Gulag-Lager Workuta am Polarkreis den friedlichen Aufstand. Nach wenigen Tagen rückten NKWD-Truppen an und eröffneten das Feuer. Von Antonia Kleikamp



Foto: picture-alliance / akg-images / Flucht unmöglich: eine Baracke des Arbeitslager-Komplexes Workuta nördlich des Polarkreises in Sibirien. Stacheldraht und Wachturm waren eigentlich unnötig.

Enttäuschung ist ein mächtiger Antrieb, die geballte Enttäuschung von mehr als 2000 Menschen erst recht. Was hatte man ihnen nicht alles versprochen, wenn sie einwilligten, das Lager in der Steppe von Kasachstan zu verlassen und nach [Workuta](#) in Sibirien zu wechseln: bessere Arbeits- und sogar Wohnbedingungen, vielleicht sogar bessere Bezahlung – und die Hoffnung, künftig nicht mehr unter einem strengen Lagerregiment leben zu müssen, sondern so frei, wie das am Rande eines Gulag eben möglich war.

Und dann das: Als die Deportierten Ende Juni 1953 in Workuta eintrafen, erwarteten sie nicht bessere, sondern schlechte Arbeits- und Lebensbedingungen. Sie wurden in ganz normale, also katastrophal schlechte Unterkünfte eingewiesen und sollten statt Bauarbeiten zu leisten in Kohlegruben schuften. Sie protestierten, doch die Leitung des Gulag teilte nur knapp mit, man fühle sich an Zusagen der Funktionäre in Kasachstan nicht gebunden. Die Enttäuschung wuchs.

Hunderte Zwangsarbeiter, die bereits in Schacht 7 in Workuta Kohle abbauen mussten, solidarisierten sich mit den Neankömmlingen. Dazu trug bei, dass Gerüchte über den [Volksaufstand in der DDR](#) vier Wochen zuvor umliefen. Der war zwar blutig niedergeschlagen worden, aber dieses Risiko waren viele der Häftlinge bereit einzugehen.

Foto: Leipziger Universitätsverlag Cover des von Wladislaw Hedeler und Horst Hennig herausgegebenen Buchs "Schwarze Pyramiden, rote Sklaven" über den Aufstand in Workuta 1953 (Leipziger Universitätsverlag, 289 S., 32 Euro).



Mahnmale

[Wie Osteuropa an die Opfer des Kommunismus mahnt](#)

Offener Protest

Am 19. Juli 1953 erzwangen die unzufriedenen Gulag-Insassen ein Gespräch mit zwei Funktionären der Lagerverwaltung. Mit der üblichen Vertröstung, sie sollten doch eine Eingabe nach Moskau schicken, an das Zentralkomitee der KPdSU, gaben sie sich nicht mehr zufrieden: "Wir wissen nicht, wem wir glauben können!" Es war nur noch ein kleiner Schritt zum offenen Widerstand.

Er kam am Dienstag, dem 21. Juli: Die Zwangsarbeiter legten die Arbeit nieder und bildeten ein Streikkomitee. Für die Sowjetmacht wie für jede kommunistische Diktatur war das die größtmögliche Provokation: Arbeiter lehnten sich gegen die vermeintlicher Arbeitermacht auf. Die Häftlinge waren vorsichtig vorgegangen: Sie tarnten ihre Besprechung als Dominospiel. Nun weigerten sich immer mehr Insassen, Kohlen zu hauen.

Die friedliche Arbeitsniederlegung bedeutete für die Gulag-Funktionäre eine neue Erfahrung. Mit gelegentlichen Fluchten konnten sie umgehen, auch wenn [Workuta so weit von jeder Zivilisation](#) entfernt war, dass Ausbruchversuche praktisch aussichtslos waren. Mit gewaltsamen Protesten dagegen konnten die Wachmannschaften umgehen: Sie unterdrückten sie einfach brutal. Aber was tun mit den ausdrücklich friedlichen Streikenden? **F o r t s e t z u n g f o l g t**